



Gerechtigkeit für alle statt für wenige

Liebe Genossinnen und Genossen

Die SP ist die Gerechtigkeitspartei. Einige werden vielleicht nun denken, dass das weder neu noch besonders ist. Ja und nein. Es ist nicht neu. Die Gerechtigkeit als Motivation und Motiv führt wie ein roter Faden durch die Geschichte und die Politik der SP. Besonders ist es hingegen schon. Für eine Partei ist es wichtig, Grundwerte und Überzeugungen zu haben. Diese sollen sich selbstverständlich im Tagesgeschäft und im konkreten politischen Handeln zeigen. Sie sollen aber eben auch mehr sein und über das Aktuelle hinaus Orientierung bieten und der Bevölkerung zeigen wofür die SP steht. Für Gerechtigkeit oder anders ausgedrückt: Für alle statt für wenige.

Die Geschäftsleitung der SP Kanton Zürich hat beschlossen, das Thema Gerechtigkeit in den Mittelpunkt der Politik der kommenden Jahre zu stellen. Die Gerechtigkeit soll der rote Faden der Politik der SP sein. Damit dies gelingt, müssen zwei Voraussetzungen erfüllt werden. Zum einen sind wir alle aufgefordert, die Gerechtigkeit zum Thema zu machen und sie mit Leben zu füllen: In Diskussionen, im politischen Engagement, in Abstimmungs- und Wahlkämpfen, beim Bloggen und Artikelschreiben, in- und ausserhalb der Partei. Zum anderen braucht es konkrete politische Projekte und Positionen, anhand derer klar wird, was die SP unter Gerechtigkeit versteht.

Zu beiden Voraussetzungen gibt es zahlreiche Chancen, diese in der nächsten Zeit zu erfüllen. In den kommenden Monaten und Jahren stehen etliche Abstimmungen bevor, bei denen es im Kern sehr stark um die Frage der Gerechtigkeit geht: Die kantonale Wohnbauinitiative der SP, die kantonale Initiative zur Einführung des fakultativen Stimmrechts für AusländerInnen in den Gemeinden, die 1:12-Initiative, die Mindestlohn-Initiative, die Initiative zur Einführung einer Erbschaftssteuer, um nur einige zu erwähnen. Zusätzlich finden im Frühjahr 2014 die nächsten Gesamterneuerungswahlen in den Städten und Gemeinden statt. Das ist eine ausgezeichnete Gelegenheit zu zeigen, wofür die SP und ihre Kandidierenden stehen und die Positionen mit Köpfen zu verknüpfen.

Nutzen wir diese Chancen und drücken wir der Politik unseren Gerechtigkeitsstempel auf!

Daniel Frei, Präsident SP Kanton Zürich

FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE



Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg

Seit der neuen Legislatur bin ich Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission - für mich eine grosse Herausforderung! Wie sollte ich als Sozialdemokratin eine Kommission führen, welche sich in der nahen Vergangenheit gegen den Schutz vor Waffengewalt, gegen ein Verbot von Streumunition und für neue Kampfflugzeuge ausgesprochen hatte? Aber gerade diese Ausgangslage weckte meinen Kampfgeist. Ich wollte in sicherheitspolitischen Fragen in Zukunft noch mehr mitreden.

Zusammen mit einer starken und kompetenten SP-Delegation habe ich nun die Arbeit aufgenommen. Erste Erfolge konnten wir bereits erzielen. Zusammen mit Bundesrätin Simonetta Sommaruga haben wir erreicht, dass einzelne Forderungen der verworfenen Waffenschutzinitiative wie die Registrierung von Schusswaffen und die Vernetzung von kantonalen Waffenregistern nun umgesetzt werden. Nach wie vor hat die Schweiz aber eine sehr hohe Waffendichte und die Armeebewaffnung wird immer noch in den Privathaushalten gelagert. Und noch immer sterben Menschen weil die Gesetze zu wenig Schutz bieten. Oder wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass Streumunition immer noch viel Leid anrichtet und viele der Opfer Kinder sind.



Es gibt in der Frage der Sicherheitspolitik deshalb noch viel zu tun – und ich weiss auch, dass es nicht einfach ist, die politischen GegnerInnen zu überzeugen. Umso mehr freue ich mich, dass wir in der Kommission nun eine Mehrheit für ein Verbot von Streumunition bilden konnten. Mit Vehemenz wird sich die SP-Delegation auch gegen die Beschaffung der neuen Kampfflugzeuge einsetzen, wenn es sein muss mit einem Referendum. Denn für mich ist klar, die entsprechenden Milliarden können viel besser eingesetzt werden: Bildung statt Kampfjets.

Im Austausch mit SicherheitspolitikerInnen anderer Länder, aber auch gegenüber der Kommission ist es mir zudem wichtig, die Friedensförderung immer wieder aufs Tapet zu bringen. Denn Sicherheit bedeutet viel mehr als die Abwesenheit von Krieg.

Chantal Galladé, Nationalrätin, Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission

Etappensieg für die SP Wohnraum-Initiative

Das Wohnen im Kanton Zürich hat im Februar 2013 auch den Kantonsrat beschäftigt. Die SP-Volksinitiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum» wurde nach der Behandlung in der Kommission im Plenum beraten. Die Initiative ist für die SP und ihre Boden- und Wohnpolitik sehr wichtig: Der gemeinnützige Wohnraum soll gefördert werden. Zudem sollen die Gemeinden für bestimmte Zonen eine Mindestzahl an Wohnungen festlegen, welche in Zukunft nach dem Grundsatz der Kostenmiete vermietet werden.



Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist ein offensichtliches Problem und so wurde das Anliegen der SP Initiative auch von den Mitteparteien unterstützt. Unter diesen Vorzeichen hat der Kantonsrat entschieden, die Initiative zur Ausarbeitung eines Gegenvorschlags an die Kommission zurückzuweisen. Das ist für die SP ein Teilerfolg. Denn damit hat die Mehrheit der Zürcher Kantonsrätinnen und Kantonsräte erkannt, dass der Zürcher Wohnungsmarkt für einen grossen Teil der Bevölkerung nicht mehr funktioniert. Oder mit anderen Worten: Der oft nur zu gut funktionierende bürgerliche «Abwehrblock» geriet aufgrund eines dringlichen Anliegens ins Wanken.

Die SP-Fraktion erwartet von der Kommission, dass sie sich noch einmal intensiv mit dem Thema befasst und einen Gegenvorschlag zur Initiative mit konkreten Massnahmen erarbeitet. Und falls die Kommission keinen überzeugenden Vorschlag zustande bringt, ist jetzt schon klar, dass die Initiative der SP zur Abstimmung kommt. Denn mit der Initiative und weiteren politischen Forderungen, will sich die SP für eine gerechtere Verteilung des Bodens im Kanton Zürich einsetzen.



Ein weiteres gewichtiges Thema im Kantonsrat war die Zukunft der ZKB. Das Gesetz über die Kantonalbank soll teilrevidiert werden. Wichtiges Element ist zur Stärkung des Eigenkapitals die Erhöhung des Dotationskapitals auf 4.5 Milliarden. Ausserdem will die ZKB auch Zweigniederlassungen ausserhalb des Kantons betreiben. Zudem soll die Aufsichtskommission gestärkt werden. Eine neue Spezialkommission ZKB hat die Beratung der Vorschläge des Bankrats aufgenommen. Für die SP ist bereits klar: Die ZKB soll eine Staatsbank bleiben. Und mit den Instrumenten der Staatsgarantie und des Leistungsauftrags kann die ZKB auch in Zukunft demokratisch, sicher und mit einer langfristigen Optik geführt werden.

Raphael Golta, Präsident der SP-Kantonsratsfraktion

Kommissionen: Neubesetzung im Juni 2013

Was machen eigentlich die Kommissionen der SP Kanton Zürich? In vier bis sechs Sitzungen jährlich entwickeln Kommissionen als politischer Thinktank Vorstösse, Vernehmlassungsantworten, Positionspapiere oder Veranstaltungen. Die Mitglieder sind aus politischem oder beruflichem Interesse am Puls der Themen und arbeiten an Projekten, ohne direkt auf Tagesaktualitäten reagieren zu müssen. Dies ermöglicht eine vertiefte Auseinandersetzung und langfristige Unterstützung der politischen Arbeit. Aktuelle Beispiele: Die Gesundheitskommission sucht Lösungen zur Finanzierung der Langzeitbetreuung, die Umweltkommission evaluiert mögliche Vorstösse zur Stromeffizienz, die Finanz- und Wirtschaftskommission setzt sich mit den Pensionskassen auseinander und die Sozialkommission erarbeitet ein Positionspapier zur Existenzsicherung von Familien. An der Delegiertenversammlung im Juni werden die Kommissionen neu besetzt. Die eine oder andere Verstärkung ist sehr erwünscht. Gemeinsam soll in frischer Zusammensetzung kompetent und engagiert an wichtigen politischen Fragen gearbeitet werden. Weitere Informationen findest du auf der Website www.spzuerich.ch (Politik/Kommissionen) oder über Marianne Rybi. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 25. Mai 2013.

Marianne Rybi, Politische Sekretärin SP Kanton Zürich

Abzocker stoppen: Superreiche besteuern!

Mit diesem Slogan wirft sich die JUSO Kanton Zürich in den heissen Sommerabstimmungskampf für die «Bonzensteuer». Wir machen damit neben der viel diskutierten Problematik der Lohnungleichheit auf die noch prekärere Verteilung der Vermögen aufmerksam: Schweizweit besitzt das reichste Prozent 59% des Wohlstandes! Unsere Initiative will deshalb den kantonalen Steuersatz für Vermögen ab 2 Millionen von 0,6% auf gut 1% anheben. Davon kann sich der Kanton Mehreinnahmen von 220 Millionen erhoffen. Ein ursozialdemokratisches Anliegen, das heute in ganz Europa aufgrund des gescheiterten Neoliberalismus Beachtung findet. Die Initiative ist Teil einer der grossen Kampagnen der Schweizer Linken für mehr Gerechtigkeit und Solidarität. Denn diesmal schämt sich auch FDP-Nationalrat Ruedi Noser nicht, die Politik seiner Partei «Klassenkampf pur» zu nennen. So sehr wie selten zuvor braucht es deshalb entschlossene Massnahmen aus unserer Vision: Für alle statt für wenige.

Ursula Naef und **Pascal Bührig**, Präsidium JUSO Kanton Zürich

Initiative «Für mehr Demokratie»: Jetzt erst recht!

Die Initiative «Für mehr Demokratie» prägt weiterhin unsere Arbeit. Ende Februar 2013 hat sich der Kantonsrat mit 93 gegen 68 Stimmen gegen die Initiative entschieden: Das ist ein klares Resultat und es zeigt, wie schwierig das Umfeld für Themen der AusländerInnenpolitik derzeit ist. Das letzte Wort in Bezug auf die Mitbestimmung von AusländerInnen und Ausländern ist nun aber beim Volk: Am 22. September stimmen wir über das AusländerInnenstimmrecht auf Gemeindeebene ab. Dem Initiativkomitee stehen keine oder nur sehr wenige finanzielle Mittel zur Verfügung. Das Thema ist unbeliebt, den einen zu moderat formuliert, den anderen zu chancenlos. Umso wichtiger ist es daher, dass wir mobilisieren, präsent sind und eine klare und bestimmte Kampagne fahren. Es ist unser Ziel, vor allem in den Städten, zumindest die Basis der unterstützenden Parteien für das Anliegen zu gewinnen. Wir freuen uns auf deine Unterstützung. Bitte melde dich beim Komitee www.mehr-demokratie.ch. Nur weil ein Anliegen aussichtslos erscheint, wollen wir nicht aufgeben!

Lucia Tozzi, Präsidentin Initiativkomitee, Vorstand Second@s Plus Zürich

Politische Partizipation im Alter

In den vergangenen Monaten lag der Schwerpunkt der Arbeit der AG Alter weiterhin auf Vernetzung und Zusammenarbeit: Auf lokaler Ebene hat sich die zuständige Arbeitsgruppe der AG Alter verschiedentlich mit den JUSO getroffen, um die nächste DenkBar vom 27. Juni vorzubereiten. Sie steht unter dem Motto «Wirtschaftliches Wachstum – Perspektive oder Sackgasse», die ReferentInnen sind Barbara Haering und Marco Kistler. Mit dem GBKZ und weiteren Altersgruppen haben wir intensiv an der Vorbereitung und Durchführung der erfolgreichen Rententagung «Aber sicher» mitgewirkt. Und einmal mehr haben wir bei der Organisation der Maivorfeier eine aktive Rolle eingenommen. Beim Aufbau von SP 60+, der rasch wachsenden Altersorganisation der SP Schweiz, wirkt die AG Alter massgeblich mit. Sie ist durch mehrere Mitglieder im Vorstand vertreten und kann die erste Co-Präsidentin stellen. Auch das Logo der AG Alter wurde von SP60+ übernommen. «Politische Partizipation im Alter» ist für uns ein wichtiges Thema, eine entsprechende Umfrage in Vorbereitung.

Marianne de Mestral & **Karl Gruber**, Co-Präsidium AG Alter





Boden- und Wohnpolitik: Die Kampagne ist lanciert!

Die Delegiertenversammlung der SP hat am 11. März das Positionspapier zur Boden- und Wohnpolitik verabschiedet. Die SP setzt sich für eine nachhaltige, sozial verträgliche und ökologisch weitsichtige Boden- und Wohnpolitik im Kanton Zürich ein. Wir fordern: Eine aktive Rolle der öffentlichen Hand in der Boden- und Wohnpolitik, die Unterstützung gemeinnütziger WohnbauträgerInnen, Eindämmung der Spekulation, sparsamen Umgang mit den Bodenressourcen und ökologisches Bauen. Gleichzeitig wurde die kantonale Dachkampagne der SP zur Boden- und Wohnpolitik lanciert. Sie bildet die Grundlage für die Kampagne zur eigenen Volksinitiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum» sowie für die Gemeindewahlen 2014. Nach den Frühjahrsferien werden wir mit politischen Vorstössen, mit Aktionen und Werbung in einer ersten Phase bis zu den Sommerferien die Präsenz in der Öffentlichkeit verstärken. Weitere Informationen: www.wohnen-fuer-alle.ch.

Gemeindewahlen 2014: Grundlagen und Dienstleistungen

In den kantonalen und nationalen Wahlen 2011 hat die SP mit einem engagierten Wahlkampf Präsenz gezeigt. Wir haben es geschafft, den Negativtrend zu stoppen und Boden zu gewinnen. In den Gemeindewahlen 2014 wollen wir zeigen, dass wir die Bedürfnisse der Bevölkerung ernst nehmen und uns für eine Politik «Für alle statt für wenige» einsetzen. Der Auftritt der SP soll inhaltlich und personell überzeugen. Wir bieten für die Gemeindewahlen 2014 entsprechend den Gemeindewahlen 2010 diverse Grundlagen und zentrale Dienstleistungen an: Strategische Grundlagen, Beratung und Schulungen, Inhalte und Kampagnenarbeit. Zudem unterstützen wir die Sektionen bei der Planung des Wahlkampfs. Wir freuen uns auf ein intensives Vorwahljahr und auf einen überzeugenden Auftritt unserer Partei.



Mitgliederwerbung und Mitgliederbetreuung

Auch 2013 werden 22 Mentees vom Mentoring-Programm der SP profitieren. Zudem werden wir auf kantonaler Ebene zu vier Neumitgliederveranstaltungen einladen. Die Mitgliederwerbung und die Neumitgliederbetreuung gehören zum Kerngeschäft der politischen Arbeit. Die Mitglieder sind das Rückgrat unserer Partei, in Bezug auf die finanziellen und personellen Ressourcen. Die Mitgliederentwicklung zeigt aber auch, dass die SP in der Mitgliederwerbung in Zukunft einen Schwerpunkt setzen muss. Eine Arbeitsgruppe der Geschäftsleitung hat in Zusammenarbeit mit dem Sekretariat die Arbeit aufgenommen. In einer ersten Phase sollen in Pilotgemeinden Ideen umgesetzt und ausgewertet werden. Die Erfahrungen bilden dann die Grundlage für eine entsprechende Offensive in der Mitgliederwerbung und der Mitgliederbetreuung.



Administration: Mit einer aktuellen Datenbank arbeiten

Eine aktuelle Datenbank ist das Herzstück jeder Organisation. Dazu brauchen wir deine Unterstützung. Du kannst Umzüge, neue Telefonnummern oder deine Email-Adresse über unser Formular auf www.spzuerich.ch unter Service / Adressänderung oder per E-Mail melden an: spkanton@spzuerich.ch

Regula Götsch, Generalsekretärin SP Kanton Zürich

Herausgeberin:

Sozialdemokratische Partei
Kanton Zürich
Gartenhofstrasse 15
8004 Zürich
Telefon 044 578 10 00

© 2013 SP Kanton Zürich

www.spzuerich.ch